

# Protokollauszug

aus der  
29. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-  
lung der Landeshauptstadt Potsdam  
vom 01.06.2022

---

öffentlich

**Top 6.5 Kostenübernahme für Verhütungsmittel  
22/SVV/0124  
geändert beschlossen**

Der **Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion** empfiehlt, dem Antrag **zu-  
zustimmen**.

Der **Ausschuss für Finanzen** empfiehlt, den Antrag **abzulehnen**.

**Änderungsantrag:**

Die Stadtverordnete Rößler bringt namens der Fraktion DIE aNDERE folgende Terminanpassung ein und beantragt namens der Fraktion die namentliche Abstimmung:

.  
.

Die Stadtverordnetenversammlung soll im ~~Juni~~ **September** 2022 über den erreichten Sachstand informiert werden.

***Pause von 18:00 Uhr bis 18:30 Uhr***

Die Stadtverordnete Hüneke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt in Abstimmung mit der Beigeordneten für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, sowie der Fraktion DIE aNDERE den Antrag in einer neuen Fassung ein, der anschließend zur Abstimmung gestellt wird.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden, Herrn Heuer, verzichtet die Fraktion DIE aNDERE mit dieser neuen Fassung auf die namentliche Abstimmung.

**Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:**

**Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, ob und wie die Kostenübernahme von Verhütungsmitteln durch die Landeshauptstadt Potsdam realisiert werden kann. Dadurch sollen Menschen, die über ein geringes Einkommen verfügen oder Leistungen nach dem SGB II, SGB XII, AsylbLG, BaföG, BAB, Wohngeld oder Kinderzuschlag beziehen, ab dem 23. Geburtstag einen Zugang zu kostenfreien Verhütungsmitteln ihrer Wahl erhalten. Die Kosten für Barrieremethoden (Kondom, Diaphragma, Portiokappe) sollen altersunabhängig übernommen werden.**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, an welcher Stelle Beratungsangebot, Bedarfsprüfung und Kostenübernahme angesiedelt werden können und welche Kosten dabei entstehen.**

**Die Stadtverordnetenversammlung soll im September 2022 über den erreichten Sachstand informiert werden.**



**BESCHLUSS**  
**der 29. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der**  
**Landeshauptstadt Potsdam am 01.06.2022**

Kostenübernahme für Verhütungsmittel  
Vorlage: 22/SVV/0124

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, ob und wie die Kostenübernahme von Verhütungsmitteln durch die Landeshauptstadt Potsdam realisiert werden kann. Dadurch sollen Menschen, die über ein geringes Einkommen verfügen oder Leistungen nach dem SGB II, SGB XII, AsylbLG, BaföG, BAB, Wohngeld oder Kinderzuschlag beziehen, ab dem 23. Geburtstag einen Zugang zu kostenfreien Verhütungsmitteln ihrer Wahl erhalten. Die Kosten für Barrieremethoden (Kondom, Diaphragma, Portiokappe) sollen altersunabhängig übernommen werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, an welcher Stelle Beratungsangebot, Bedarfsprüfung und Kostenübernahme angesiedelt werden können und welche Kosten dabei entstehen.

Die Stadtverordnetenversammlung soll im September 2022 über den erreichten Sachstand informiert werden.

**Abstimmungsergebnis:**  
mit Stimmenmehrheit angenommen.

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Originalbeschluss wird eine Seite beigelegt.

Potsdam, den 13. Juni 2022

Ziegenbein  
Leiterin des Büros

Stempel